

Bern

Unterbringung ist «menschenunwürdig»

Umstrittene Rückkehrzentren Die Antifolterkommission des Bundes kritisiert den Umgang des Kantons Bern mit abgewiesenen Asylsuchenden. Verbesserungen seien in allen Zentren notwendig.

Andres Marti und Carlo Senn

Nach Kritik an der Unterbringung abgewiesener Asylsuchender hat die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) die Berner Rückkehrzentren untersucht. Die Besuche der NKVF fanden zwischen Mai und August 2021 in den Rückkehrzentren in Aarwangen, Biel und Gampelen statt. Die Kommission fokussierte sich insbesondere auf die Lebensumstände von Kindern und deren Familien. Das sind ihre Kritikpunkte:

— **Menschenunwürdige Unterbringung von Familien**
Dass auch Kinder in den Rückkehrzentren leben müssen, ist seit je umstritten. «Nach Beurteilung der Kommission sind diese Verhältnisse nicht mit der UNO-Kinderrechtskonvention vereinbar», sagt nun Kommissionspräsidentin Regula Mader. Sie verletzen das Recht von Kindern auf «angemessene Lebensbedingungen und das Recht auf Ruhe und Freizeit sowie auf Spiel und altersgemässe aktive Erholung».

— **Keine kinder- und jugendgerechte Infrastruktur**
Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in den Zentren sei «nicht kindergerecht». Es gibt zu wenig Räume für verschiedene Altersgruppen. Kinder hätten zu wenig Spielmöglichkeiten, Jugendlichen fehle es an Aufenthaltsräumen oder Zimmern, um Schulaufgaben zu erledigen. Neben den fehlenden Spiel- und Rückzugsmöglichkeiten für Kinder seien auch die Aussenbereiche keine kindergerechte Umgebung.

— **Zu knapp ausgerichtete Nothilfe**
Abgewiesene Asylsuchende erhalten heute 8 Franken pro Tag Nothilfe. Die Experten des Bundes fordern den Kanton auf, diesen Beitrag für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Ebenso soll der Kanton die Abgabe von Hygieneartikeln für Frauen und Mädchen sicherstellen. In den besuchten Zentren sei eine Regelung, ob diese systema-

tisch und kostenlos abgegeben würden, nicht ersichtlich gewesen. Gemäss Aussagen von Bewohnerinnen bezahlen sie alle ihre Hygieneartikel von ihrem Nothilfebetrug.

— **Fehlender Schutz von Frauen**
Der Schutz von Frauen sei in den besuchten Zentren «nicht umfassend gewährleistet», schreibt die Kommission. Gerade Frauen lebten isoliert, weil sie sich nicht sicher fühlten. Aus den Gesprächen mit Frauen in den drei Rückkehrzentren geht laut dem Bericht hervor, dass sie sich in den Gemeinschaftsbereichen der Unterkunft, vor allem nachts, nicht sicher fühlen. Die NKVF empfiehlt, Frauen und Mädchen getrennt von alleinstehenden Männern unterzubringen. Toiletten und Duschen seien nicht in allen Zentren klar nach Geschlechtern getrennt oder ungenügend geschützt. Schliesslich sollen alle Frauen und Mädchen auch nachts einen sicheren Zugang zu Toiletten haben, ohne

sich vor Belästigungen fürchten zu müssen. Teilweise seien die Zentrumsleitungen ungenügend über die Pflichten des Schutzes von Frauen, insbesondere vor Belästigungen und Gewalt, informiert und dafür sensibilisiert.

— **Raum für eine Familie zu eng**
In Aarwangen traf die Kommission eine Familie mit zwei Kindern, die in einem Schlafräum von 15 Quadratmetern lebt. Eine andere Familie lebt mit zwei Kindern im Alter von 15 Jahren und 1 Jahr in einem Raum von 23 Quadratmetern. Die Kommission vergleicht das mit einer Gefängniszelle für drei Personen, «die gemäss internationalen Standards» mindestens 22 Quadratmeter umfassen muss.

— **Keine Möglichkeiten für Beschäftigung**
Für abgewiesene Asylsuchende gilt ein generelles Arbeitsverbot. «Die Perspektivlosigkeit ist allgegenwärtig in den Gesprächen mit den Menschen in den Rück-

kehrzentren», schreibt die Kommission. Das Arbeitsverbot und die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten hätten negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.

— **Schimmel in Küche und Schlafräum**
Das Gebäude in Aarwangen sei veraltet und renovierungsbedürftig. Einige sanitäre Anlagen, Küchen und Schlafräume wiesen an den Besuchstagen «Spuren von Schimmel» auf. Gemäss der Zentrumsleitung wurden die sanitären Anlagen, aber auch die Schlafräume jedoch bereits von Schimmel befreit. Die Fensterläden sind teilweise morsch, nicht richtig befestigt und weisen Löcher auf.

Reaktion des Kantons:
Bericht «politisch motiviert»
Zuständig für die Rückkehrzentren im Kanton Bern ist die Sicherheitsdirektion von Regierungsrat Philippe Müller (FDP). Dieser ist mit mehreren Kritikpunkten nicht einverstanden

und findet, beim Bericht handle es sich um eine «politische» und nicht «juristische» Schlussfolgerung.

So weist die Direktion Müller den Vorwurf zurück, dass die Unterbringung in den Rückkehrzentren nicht kindergerecht sei. Verbesserungen habe die Sicherheitsdirektion bereits «von sich aus initiiert und erreicht», so sagt der Kanton weiter und nennt die Unterbringung von Familien mit Kindern in Enggistein.

Die Kommission könne zudem kein Kinderrecht konkretisieren, das vom Kanton verletzt werde. Die Schlussfolgerung der Kommission stuft der Kanton daher als «politische Einschätzung der Verfassenenden» ein.

Man nehme den Bericht zwar zum Anlass, «wo sinnvoll, möglich und überhaupt zulässig», Optimierungen in den Zentren umzusetzen. Dabei dürften die Anpassungen aber nicht von den gesetzlichen Vorgaben abweichen, die von Parlament und Stimmvolk festgelegt worden seien.



Laut Expertenbericht «keine kindergerechte Umgebung»: Das Rückkehrzentrum Biel-Bözingen für abgewiesene Asylsuchende. Foto: Raphael Moser

Philippe Müller verärgert über «unabhängige» Fachstelle

Die Zustände in den Unterkünften für abgewiesene Asylbewerber waren wiederholt in die Kritik geraten. Deshalb hat die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im Auftrag der bernischen Sicherheitsdirektion von Philippe Müller einen Bericht zur Situation verfasst. Es war eine Reaktion auf die grosse mediale Aufmerksamkeit und die Anschuldigungen von Nichtregierungsorganisationen.

Nun ist der Bericht erschienen, doch der Regierungsrat ist alles andere als zufrieden mit der Arbeit der Kommission. Die Schlussfolgerung des Berichts sei mehrheitlich eine «politische Einordnung», keine juristische, wie aus einer Stellungnahme seiner Direktion hervorgeht. Es werde von Einzelaussagen von Asylsuchenden auf das Vorliegen grundsätzlicher, struktureller Defizite

geschlossen. Viele Vorschläge widersprechen zudem geltenden Gesetz. Es sei nicht möglich, von diesen Einzelaussagen auf strukturelle Probleme zu schliessen. Zudem seien viele geforderte Verbesserungen bereits umgesetzt.

Der Bericht stellt dem Kanton kein gutes Zeugnis aus. Die Unterbringung von Familien in den Zentren sei «menschenunwürdig», das strikte Arbeitsverbot führe zu psychischen Beeinträchtigungen, und es fehle an genügend Schutz für die Frauen.

Kommission breit abgestützt
Die Kommission besteht aus zwölf Mitgliedern, darunter Ärzte, eine Professorin für öffentliches Recht sowie eine Polizeibeamtin. Sie haben einen fachlichen Hintergrund in den Bereichen Menschenrechte, Justiz, Straf- und Massnahmenvollzug, Medizin, Psychiatrie

und Polizei und werden vom Bundesrat eingesetzt.

Die Tätigkeiten der NKVF sind vielfältig, oft stehen die Untersuchungen der Kommission aber im Zusammenhang mit Freiheitsentzug. Seit ihrer Gründung im Jahr 2010 hat sie zahlreiche Strafanstalten besucht, darunter auch das Gefängnis Thorberg. Ausserdem hat sie den Fall von Brian angeschaut, der seit 2018 in einem Zürcher Gefängnis sitzt, und lockere Haftbedingungen gefordert.

Auch zu Ausschaffungen und Ausschaffungsflügen hat sich die Kommission wiederholt kritisch geäussert und beispielsweise weniger Fesselungen gefordert. Neben Kritik formuliert die Kommission immer auch Empfehlungen, wie eine Situation verbessert werden könnte, so auch im aktuellen Bericht zu den bernischen Rückkehrzentren.

Präsidentin der Kommission ist Regula Mader, ehemalige Leiterin des Schlossgartens Riggisberg, einer Institution für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die Rechtsanwältin ist in Bern keine Unbekannte: Sie leitete einst als Mitglied der SP das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland. Allerdings gehört sie gemäss eigenen Aussagen seit über zehn Jahren keiner Partei mehr an.

Sie sei sehr «erstaunt» über die Reaktion des Kantons, sagt Mader auf Anfrage. «Die Kommission stützt sich auf nationale und internationale gesetzliche Grundlagen und nimmt nicht politisch Stellung», betont sie. Auch den Vorwurf, dass die Gespräche zu wenig umfassend gewesen seien, weist Mader zurück. Die Kommission spreche jeweils mit Leitungspersonen aus den Institutionen, mit Mitarbeitenden, Fachperso-

nen und Betroffenen und erhalte so ein umfassendes Bild.

Auch der Synodalrat der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Ueli Burkhalter, stellt sich hinter den Bericht. Dieser sei aus seiner Sicht «sachlich» und nicht «politisch» verfasst. Die Kirchengemeinde fordert nun Verbesserungen beim Kanton ein.

Kein direkter Vergleich

Rückkehrzentren in anderen Kantonen hat die Kommission bisher nicht besucht, da dies in Bern im Auftrag der Sicherheitsdirektion geschah. Allerdings hat die Kommission bereits mehrere Bundesasylzentren besichtigt. Ob Bern im Vergleich zu anderen Kantonen in seinen Rückkehrzentren den Spielraum weniger nutzt, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Carlo Senn

Berner Forschende erhalten den Pfizer-Preis

Darmbakterien Erfolg für die Universität Bern und das Inselspital: Drei ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind mit einem der diesjährigen Pfizer-Forschungspreise ausgezeichnet worden, nämlich Stephanie Ganal-Vonarburg, Hai Li und Julien Limenitakis vom Department für Biomedical Research der Universität Bern und von der Universitätsklinik für Viszerale Chirurgie und Medizin, Gastroenterologie am Inselspital. Sie haben in Zusammenarbeit mit Professor Andrew Macpherson entdeckt, dass Darmbakterien die Bildung von Antikörpern beeinflussen, wie die Uni Bern gestern mitteilte.

Die Arbeiten der drei Forschenden mit Mäusen zeigen laut der Mitteilung auf, dass Darmbakterien die Zusammensetzung von Antikörpern regelrecht «programmieren» können. Je nachdem, welche Bakterien in welcher Ausprägung bei den Experimenten verwendet wurden, veränderte sich in den Mäusen das Repertoire an sogenannten B-Zellen sowie deren Antikörperantwort. «Unsere Arbeit unterstreicht, wie wichtig eine gesunde Darmflora für den Wirtsorganismus ist, wird Stephanie Ganal-Vonarburg in der Mitteilung zitiert.

Die diesjährigen Pfizer-Forschungspreise gehen an insgesamt 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ein Preisgeld von 165'000 Franken teilen. Ausser in Bern arbeiten die Preisträger in Zürich, Basel, Genf und im Tessin. Die Preise gehen alljährlich an herausragende junge Wissenschaftler, die an Schweizer Forschungsinstituten oder Spitälern hervorragende und zukunftsweisende Beiträge im Bereich Grundlagenforschung oder klinische Forschung erbracht haben. Sie werden auf Antrag unabhängiger wissenschaftlicher Kommissionen in fünf Bereichen vergeben. (sda)

TCS und Entente wollen künftig mehr Mitsprache

Verkehrsprojekte Kanton Bern Wie sollen Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter bei der Planung von Verkehrsprojekten im Kanton Bern einbezogen werden? «Konsequenter und verbindlicher als bisher», fordern die Wirtschaftsvereinigung Entente Bernoise und der TCS Bern-Mittelland. Eine unverbindliche Anhörung von Wirtschaftsvertretern in Konsultationen reiche nicht, hiess es an einer Medienkonferenz der beiden Organisationen von gestern.

Konkret fordern der TCS und die Entente Bernoise unter anderem ein Vetorecht für Blaulichtorganisationen bei Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Zudem solle die Raum- und die Verkehrsplanung im Kanton Bern in derselben kantonalen Direktion angesiedelt werden.

Die beiden Organisationen fordern weiter «Mut zu visionären Projekten», etwa einer Autobahn-Südfahrt von Bern und der Fertigstellung der Autobahn Bern-Biel. Gemeint sind durchgehend vier Spuren und der Bau des Bieler A5-Westastes. Der Kanton müsse Mobilitätsbedürfnisse «akzeptieren statt negieren». (sda)